

# Der Harz: Jung und schwarz

Mitgliedermagazin der JU Harz



KOLUMNE

## Schwarz-Grüne Koalition

Hamburg hat es vorgemacht, im Saarland wird das Projekt noch erweitert. Aber wie kann es inhaltlich funktionieren?



JU-AKTIV

## Barrosos Leitlinien

Bericht über Brüssel

# Editorial und Inhalt

## Politik

### Permanent Campaign

**4** Nach dem Wahlkampf ist vor dem Wahlkampf!

## Titelthema

### Barrosos Leitlinien

**6** Quo Vadis Europa— Barrosos Grundsätze

## Kolumne

### Schwarz-Grün

**8** Was ist dran am schwarz-grünen Traum in Hamburg? Eine Alternative für Sachsen-Anhalt?

## Lokales

### Demographie im Harz

**10** Analyse unserer Bevölkerungsentwicklung.

## JU-aktiv

### Die Aktionen der letzten Monate

**12** Berlinfahrt, Wahlparty von Heike Brehmer, Mitgliederentwicklung, und vieles mehr.

## Junge Union

### JU Landestag

**16** JU'ler diskutieren Richtungsentscheidungen für Sachsen-Anhalt

## Grußwort

### Daniel Szarata

**18**

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein ereignisreiches Jahr 2009 liegt nun hinter uns. Wir können fast nur auf positive Ereignisse zurückblicken, so waren wir im Kommunalwahlkampf erfolgreich, haben Horst Schnellhardts Platz in Europa gesichert und Heike Brehmers Wahlkampf für den Bundestag unterstützt.

Und wir haben ein neues Mitglieder-magazin, bei der JU ist es ja so... wenn etwas mehr als einmal gemacht wird, ist es eine Tradition, deswegen freue ich mich, Euch das traditionelle Mitglieder-magazin präsentieren zu dürfen. Sicherlich wird auch 2010 wieder interessant für uns, die Arbeit in den neu entstandenen Einheitsgemeinden stellt uns vor neue politische Herausforderungen und wir haben die Position als mitgliederstärkster JU-Kreisverband zu verteidigen!

Wir wollen 2010 auch nutzen um unseren Mandatsträgern einmal über die Schulter zu sehen. So sind für die nächsten Ausgaben Ausblicke nach Berlin und Brüssel fest eingeplant, ebenso werden wir euch über Aktionen und Personalien auf dem Laufenden halten. Es gilt unsere Traditionen zu wahren, besonders die Charity-Aktion und das alljährliche Sommerfest werden, vielleicht unter anderen Voraussetzungen, auch 2010 stattfinden,

auch die Polen- und die Berlinfahrt sind zur Tradition geworden.

Kurz um, ich wünsche Euch und uns allen ein kraftvolles und ereignisreiches Jahr 2010, mit persönlichem Glück und Erfolg und vielen interessanten gemeinsamen Aktionen, in diesem Sinne viel Spaß beim Lesen des neuen Magazins und bleibt euch treu!

Euer

Florian Weinert

Redaktion und Layout

# Das Foto



Ein Begriff, der immer mehr Einzug in die politikwissenschaftlichen Betrachtungen, aber auch in die tatsächliche politische Praxis hält, ist „permanent campaigning“. Gemeint ist damit, eine dauerhafte Auslegung der Politikinhalte und der politischen Entscheidungen auf Wahlkämpfe. Der Regierungsstil wird in der Folge mehr medien- und kampagnenorientiert. Die Inszenierung von Politik wird stärker, was zu einer Verzerrung von politischen Prozessen und Inhalten führen kann.

Im Prinzip verläuft jede Regierungszeit traditionell nach dem gleichen Schema. In den ersten zwei Jahren setzt die neue Regierung für den

klassischen Zyklus jedoch nicht mehr einwandfrei bestätigen. Schaut man sich die aktuelle politische Lage an, dann verzichtet die christlich-liberale Koalition scheinbar auf die entscheidenden Schritte zur Umsetzung des eigentlichen Wahlprogramms. Die Reformen, die das Land braucht, die aber gleichzeitig auch dem Bürger wehtun, werden verschoben, um die Wahlchancen in Nordrhein-Westfalen nicht zu mindern. Stattdessen versucht man, durch eigentlich untypische bürgerliche Wahlgeschenke, auf Stimmenfang zu gehen. Besonders die vielen sozialpolitischen Zugeständnisse sind mehr darauf ausgelegt, eine

Situation á la zu Gutenberg, mehr darauf geachtet wurde, Stimmen für die nächsten Wahlen zu sichern.

Wie man einen derartigen Politikstil betrachtet, ist jedem selbst überlassen. Einige könnten sagen, dass dadurch der gesellschaftliche Fortschritt gebremst wird und dadurch unkluge Entscheidungen getroffen werden. Anhänger von Max Weber würden dem gegenüber setzen, dass dieser Politikstil genau das ist, was Politik nach Weber ausmacht, nämlich: „ das Streben nach Machtanteilen.“

Neben der Auslegung der Inhalte auf Wahlkampfaspekte, stellt auch die gesteigerte Inszenierung ein Kernpunkt in der Logik der „permanent campaign“ dar. Diese Entwicklung begann ursprünglich in den USA, wo Politik schon seit langer Zeit zu einem großen Teil auf Inszenierung beruhte. Schaut man sich den vergangenen Präsidentschaftswahlkampf an, dann konnte bei Barack Obama schon der Eindruck entstehen, dass die Inhalte gegenüber der Inszenierung ins Hintertreffen gerieten. Durch die Fixierung auf medienwirksame Großveranstaltungen kann die Öffentlichkeit fehlinformiert werden. Selbst wenn die sachbezogene Regierungsarbeit weniger pathetisch und für die Allgemeinheit unattraktiver ist, so führt gerade die enttäuschte Erwartungshaltung zu einer gesteigerten Politikverdrossenheit. Ob hinter dem „Yes, we can“ auch tatsächlich ein „Yes, he can“ folgt, kann man

## Permanent Campaign



AUTOR Peter Eisemann

**Es ist immer Wahlkampf – „Permanent Campaigning“ als beherrschender Politikstil**

Bürger schmerzhafteste Projekte um, bevor sie in der zweiten Hälfte der Legislatur darauf bedacht ist, bestimmte Geschenke an unterschiedliche Zielgruppen zu verteilen, um die Wiederwahl zu sichern. Die zweite Hälfte der Amtszeit verdient also schon länger die Bezeichnung „permanent campaigning.“

Durch das kurze Reihung von Kommunal-, Landtags-, Bundestags-, sowie Europawahlen, kann man diesen

bestimmte Klientel zu bedienen, um damit die Chancen für Jürgen Rüttgers und seine eigene bürgerliche Koalition in Düsseldorf zu erhöhen. In der nahen Vergangenheit haben falsche politische Entscheidungen dem Steuerzahler durch die starke Fixierung auf die nächsten Wahlerfolge, sehr viele Belastungen auferlegt. Denkt man an die Diskussion um das „Opelrettungspaket“ oder die Karstadt/Quelle-Krise zurück, dann wird hier deutlich, dass anstatt einer nüchternen Betrachtung der

gerade aufgrund des schleppenden Erfolges seines „Flaggschiffs“ Gesundheitsreform, durchaus in Frage stellen. Auch in Deutschland hat sich diese Entwicklung bereits zementiert. So schaffte es Angela sich als „Klimakanzlerin“ darzustellen, indem sie sich beispielsweise presswirksam vor einer Eisscholle in Grönland ablichten ließ. Diese Inszenierung kann man als durchaus erfolgreich betrachten. Schaut man sich aber den Versuch des ehemaligen Generalsekretärs der ehemaligen Volkspartei SPD an, mithilfe der „Super Nanny“ auf Stimmfang zu gehen, dann brachte diese Aktion mehr Häme, als tatsächlichen Erfolg ein. Dem Wähler hat dieser Inszenierungsversuch jedenfalls nicht gefallen.

Da nutzen auch die großen Bestrebungen der SPD nicht, sich via neuen Kommunikationsformen nachhaltig beim Wähler einzuprägen. Besonders die Möglichkeiten des Internets, wie etwa Facebook, Twitter oder auch die VZ-Plattformen werden von Politikern immer mehr frequentiert. So war die frischgebackene Familienministerin Kristina Köhler schon lange Zeit vorher bei Twitter aktiv. Es ist sehr interessant zu verfolgen, wie sich die Botschaften im Laufe der Zeit änderten. Von „als Hinterbänklerin habe ich nicht immer die Möglichkeit, direkt mit der Koalitionsspitze zu kommunizieren“, bis „ ich war eben in der Kabinettsitzung und führte eine angeregte Diskussion mit der Kanzlerin“, war

alles dabei. Derartige Aktionen schaffen Transparenz und können auch ein Stück Bürgernähe zurück bringen. Dies sind also deutlich positive Auswirkungen der „permanent campaign“.

Der neue Politikstil hat die politische Landschaft nachhaltig verändert. Durch gesteigerte Inszenierungen wird versucht, den Bürger mehr für politische Themen und die eigene Sache zu begeistern. Fraglich ist, ob man nicht genau das Gegenteil erreicht, wenn dann verkündet wird, dass das gewünschte Gesetz eine gefühlte 100. Lesung benötigt und sich der ganze Prozess doch als unattraktiver darstellt, als zunächst angenommen. Auch die Frage, ob es richtig ist, den Politikstil auf Machterhalt oder auf Sachbezogenheit auszurichten, wird wohl von unterschiedlichen Stellen, unterschiedlich betrachtet werden. Fakt ist, dass sich dieser Regierungsstil immer mehr zementiert und es für die Parteien darauf ankommt, diese Entwicklungen am besten für sich zu nutzen. Der Erfolg der Parteien beruht nicht zuletzt auf dem Erkennen des Zeitgeistes.



# Titelthema

José Manuel Durão Barroso, Mitglied der konservativen EVP, ist kürzlich durch das Europäische Parlament in Straßburg in seinem Amt als Präsident der Europäischen Kommission bestätigt worden. Auf den ehemaligen portugiesischen Ministerpräsident entfielen 382 der 718 abgegebenen Stimmen. Damit ist Barroso sowohl mit einfacher Mehrheit (Nizza-Vertrag) als auch mit absoluter Mehrheit (Lissabon-Vertrag) im Amt bestätigt worden.

Im Vorfeld der Wahl zum Kommissionspräsidenten präsentierte Barroso seine "Politischen Leitlinien für die nächste Kommission". Mit dem 41-seitigem Dokument erläutert Barroso seine Ideen und Ziele für die kommenden fünf Jahre und skizziert seine „Vision vom Europa 2020“.

Bereits nach der Europawahl im Juni 2009 hatte der Europäische Rat den

Portugiesen einstimmig für eine weitere fünfjährige Amtszeit nominiert. Am 16. September wurde Barroso in Straßburg vom EU-Parlament in seinem Amt bestätigt.

Um die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes im Vorfeld der Wahl von seiner „Vision vom Europa 2020“ zu überzeugen, stand Barroso den Parlamentariern aller Fraktionen Rede und Antwort.

"Die Leitlinien tragen die Handschrift der Europäischen Volkspartei und sind anhand folgender Themen skizziert:

- Bewältigung der Wirtschaftskrise,
- Übernahme der Vorreiterrolle im Klimaschutz,
- Neue Quellen für nachhaltiges Wachstum und sozialen Zusammenhalt,
- Voranbringen des Europas der Bürger,
- Einleiten einer neuen Ära für ein global orientiertes Europa,"



so der 53-jährige Portugiese in der Fraktionssitzung der konservativen EVP.

## Barroso's Leitlinien

AUTOR Carsten Huth



Barrosos Leitlinien für die Zukunft Europas

# Titelthema

Die zentralen Elemente des Programms bestehen aus der Bestrebung nach einem Europa der Sozialen Marktwirtschaft, einem Europa der Werte und einem Europa für die Menschen.

"Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert Amerikas, das 21. Jahrhundert kann zum Jahrhundert Europas werden", so zitierte Barroso den britischen Autor Tony Judt. Europa habe die Chance die Globalisierung, mit all ihren weit reichenden Folgen, auf Grundlage der Werte und Interessen der Europäer zu gestalten und könne so die erforderliche Führungsrolle in der Globalisierung übernehmen.

In den Aussprachen mit den Fraktionen verwies der Präsident der Kommission mehrmals auf das Schaubild seines Positionspapiers, welches das Fundament seiner "Politischen Leitlinien" bildet:



Das Schaubild verdeutlicht, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas in dem Mittelpunkt jedes Handels gestellt sind.

Den Schlüssel für ein international wettbewerbsfähiges Europa sieht Barroso in einer von Nachhaltigkeit geprägten hochtechnologisierten Wirtschaft. Dabei soll sich dieses Ziel vor allem mit der Vorreiterrolle im Klimaschutz ergänzen und so die Volkswirtschaften modernisieren sowie auf eine neue ökologisch-technologische Plattform stellen.

Seit Februar 2008 regiert in Hamburg eine schwarz-grüne Koalition. Seit August diesen Jahres regieren Christdemokraten und Grüne in der viel beschriebenen Jamaika-Koalition auch mit den Liberalen zusammen.

Was vor 20 Jahren noch unvorstellbar war, etabliert sich mittlerweile als neue Koalitionsform über Lagergrenzen hinweg. Wer hätte damals schon gedacht, dass Konservative und Fundis gemeinsam auf der Regierungsbank sitzen würden?

Nun sind die aktuellen Bündnisse auf Länderebene wohl eher eine Anpassungsleistung der Union. Als Volkspartei sind wir durchaus in der Lage unterschiedliche Strömungen aufzunehmen und zu kanalisieren. Ebenso muss aber auch gesagt werden, dass es den konservativen Flügel in der Union

„konservativ“ zu sein.

Der größere Anpassungsprozess muss wohl noch immer bei den Grünen erfolgen. Eine Partei, die zumindest in den alten Bundesländern auch von bürgerlichen Schichten gewählt wird, aber inhaltlich linke Positionen vertritt und noch immer eine weitgehend ökoradikale Führung hat.

Prinzipiell ist die Öffnung der Koalitionsfrage wohl durchaus als positiv zu beurteilen. Im mittlerweile etablierten 5-Parteien-System sind Koalitionen aus 2 Fraktionen – außerhalb der „Großen Koalition“ – schwieriger geworden. Christlich-liberale Koalitionen sind auch weiterhin das Zukunftsmodell für Deutschland, aber die Mehrheiten sind kleiner geworden. Diese Entwicklung werden wir gerade bei den nächs-

durchzusetzen. Koalitionen mit den Grünen sind daher weiterhin kritisch zu beurteilen. Trotz gewisser Schnittmengen wird es auf absehbare Zeit in den Zukunftsfeldern Energie und Bildung zu Reibungsverlusten kommen. In Hamburg konnte man dies angesichts der Debatten um die Schulreform oder das Kraftwerk Moorburg bereits verfolgen. Beide Entscheidungen werden wohl weder bei der CDU noch bei den Grünen Jubelstürme auslösen.

Mit Hinblick auf die Landtagswahl 2011 in Sachsen-Anhalt wird bereits heute landauf und landab, noch hinter verschlossenen Türen und vorgehaltener Hand, über eine mögliche Koalition mit den Grünen spekuliert. Allein die Tatsache, dass diese Debatte geführt wird, zeigt wie verfahren die politische Situation in Sachsen-Anhalt ist. Wer die Situation realistisch betrachtet, der weiß, dass es zwischen einer Koalition aus CDU und SPD oder Rot-Rot kaum Alternativen gibt. Bürgerliche Koalitionen oder 40+x – Ziele des CDU-Landesvorstandes bleiben wünschenswert, aber fern von jedweder Wirklichkeit.

Gerade diese Konstellation, in der die SPD als nur drittgrößte Partei und damit als Juniorpartner, zum Zünglein an der Waage wird und unverhohlen ihre politischen Ziele einfordert, haben die Unionspolitiker in Fraktion, Regierung und der Basis satt.

Wieso also nicht Jamaika in Magdeburg? Sicher ist dies eine denkbare Option, die man sich auch offen halte sollte, aber hierbei

## Die schwarz-grüne Koalition

AUTOR André Weber

kaum mehr gibt. Ehemals konservative Ansichten sind zum Teil berechtigt dem gesellschaftlichen Wandel zum Opfer gefallen. Berechtigte Positionen sind im seit Jahren schleichenden Prozess der Harmonisierung politischer Ansichten, der Sozialdemokratisierung der Union, gar des Profilverlusts der Volksparteien aufgegeben wurden. Die politischen Köpfe, die unterschiedliche Strömungen abbilden, sind entweder ergraut in Rente gegangen oder haben sich zurückgezogen. Zudem sind die Landesverbände Hamburg und Saarland nicht dafür bekannt, sonderlich

ten Landtagswahlen sehen – gerade in den traditionellen Wechseln im Norden der Republik. Rot-Grün ist definitiv ein Auslaufmodell angesichts der Schwäche der Sozialdemokraten. Rot-Rot ist eher ein Sonderweg, der angesichts des Regionalcharakters der Linkspartei das Damoklesschwert der neuen Länder bleibt.

Angesichts einer Entwicklung, in der nahezu jeder mit jedem koalieren kann, wird es immer wichtiger mit einem klaren Profil in den Wahlkampf zu gehen und die eigenen Überzeugungen nachher

## NEWS

### Wahlkämpfer über Merkel verärgert

Am kommenden Wochenende treffen sich mehr als 1000 Vertreter der Jungen Union, darunter auch einige Vertreter aus dem gesamten Harzkreis, zum Deutschlandtag im nordrhein-westfälischen Münster. Nur eine fehlt - Bundeskanzlerin Merkel.

Mit einer Spontanabsage verärgert die Bundeskanzlerin bundesweit die CDU-Jugendorganisation. Offizieller Grund: Koalitionsverhandlungen.

Seit Jahrzehnten ist es Tradition, dass der oder die Parteivor-



sitzende der CDU an den Deutschlandtagen der Jungen Union teilnimmt. Selbst Helmut Kohl oder der damalige Bundestagskandidat Edmund Stoiber ließen es sich trotz manch deutlicher Kritik nicht nehmen, zur Jungen Union zu fahren.

Dutzende Helfer haben ehrenamtlich in tausenden von Arbeitsstunden die Zusammenkunft der Jungen Union organisiert und bundesweit war es wieder einmal die Junge Union gewesen, die wochenlang im Bundestagswahlkampf für Angela Merkel als Bundeskanzlerin warb.

Als inoffizieller Grund für die Absage wird die Beschlussvorlage zum Deutschlandtag, die Münsteraner Erklärung, gehandelt, in der die Junge Union mit der Großen Koalition abrechnet und massive Strukturreformen in den wesentlichen politischen Handlungsfeldern Wirtschaft-Steuern-Bildung-Familie fordert. "Die Absage erweckt den Eindruck, dass sich Angela Merkel nicht der Debatte über das dürftige Ergebnis bei der Bundestagswahl stellen will, sondern jegliche Debatte über den künftigen Reformkurs verweigert", so Wernigerodes JU-Vorsitzender André Weber.

gilt es eben auch die Grünen zu sondieren. Wer auf die Bürgerrechtler bei den Grünen verweist, der muss eben auch sagen, dass die Generation 1990 im Sinne des Magdeburger Modells schon 4 Jahre nach der Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes mit den Neokommunisten der SED-Fortsetzungspartei paktiert haben.

Bereits seit 1998 (!!!) sitzen die Grünen nicht mehr im Landtag, konnten seitdem bei Landtagswahlen keine 4% erreichen und haben auch bei Europa- und Bundestagswahlen die 5%-Marke nur haarscharf passiert. Zudem zeigt, dass aktuelle Programm der Grünen Sachsen-Anhalt wenig Schnittmengen auf.

Sollten die Grünen doch in den Landtag kommen, dann müssen natürlich auch hier Gespräche geführt werden, wie mit jeder anderen demokratischen Partei auch. Nach dem aktuellen Stand der Dinge können wir aber nur ein Ziel für 2011 haben: die Union muss so stark sein, dass eine Koalition aus SPD und der Linken verhindert wird. Dies kann uns aber nur gelingen, wenn wir in den Zukunftsfeldern Wirtschaft – Bildung – Familie unser Profil als Union schärfen.

Wahlen gewinnt man nicht durch Arithmetik und Technokratie, sondern durch Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft. Die Diskussion darf sich nicht mehr um Koalitionsrechnung, sondern um Sachthemen drehen. Wir als JU müssen dies vor Ort einfordern!

## Bevölkerungsschwund im Harz- kreis – ein Grund zur Sorge?

AUTOR Christian Reinboth



Ein Blick in den PROGNOSE-Zukunftsatlas für das Jahr 2007 zeigt deutlich, warum die demographische Entwicklung wie kaum ein anderes Thema immer wieder zu hitzigen Debatten in Orts-, und Stadträten sowie Kreis- und Landtagen führt. Während knapp die Hälfte aller deutschen Landkreise und kreisfreien Städte während der letzten Jahre einen ständigen Rückgang der Bevölkerungs-

zahlen verzeichnen musste, konnten nur 22 Regionen deutlich zulegen. Mittlerweile zeichnet sich gerade zwischen ländlichen Gebieten ein zunehmender Wettbewerb um Familien und Fachkräfte ab, der sich nach Ansicht der meisten Experten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch intensivieren dürfte. Wie aber steht unser Harzkreis in diesem Wettbewerb da? Das statistische Landesamt erwartet für den Harzkreis einen Rückgang um etwa 22.000 Einwohner bis 2015 und 39.000 Einwohner bis 2025 – mehr als 15% der momentanen Bevölkerungszahl. Da der Harzkreis erst seit knapp zwei Jahren existiert, fehlen vergangenheitsbezogene Daten für eine genaue Analyse. Wie jedoch die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Zahlen für die drei Altkreise Wernigerode, Halberstadt und Quedlinburg zeigen, ist der für Sachsen-Anhalt bereits seit den 50er Jahren erkennbare Abwärtstrend – Sachsen-Anhalt gilt heute als das am stärksten von Überalterung betroffene Bundesland – auch für unsere Region feststellbar.

Bevölkerungsentwicklung der Landkreise 2000 – 2005

Landkreis	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Halberstadt	79518	78637	77876	77134	76556	75891
Wernigerode	95655	95188	94556	93793	92773	92001
Quedlinburg	78836	77783	76812	75714	74346	73243
Halle (Saale)	247736	243045	239355	240119	238497	237189
Magdeburg	232694	229755	228170	227535	226675	229126
Bernburg	70317	69318	68349	67352	66361	65454
Stendal	140604	138553	136866	135647	133187	131267
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>2615375</b>	<b>2580626</b>	<b>2548911</b>	<b>2522941</b>	<b>2494437</b>	<b>2469716</b>

Wie man sieht, ist die Bevölkerung der drei Altkreise in den Jahren zwischen 2000 und 2005 um 5,1% geschrumpft. Damit steht der Kreis zwar besser da als beispielsweise Stendal (6,6%) oder Bernbrüg (6,9%) – allerdings auch deutlich schlechter als Städte wie Halle (4,4%) oder Magde-

burg (1,5%). Der landesweite Bevölkerungsrückgang lag im betrachteten Zeitraum bei etwa 5,7%, womit der Harzkreis immerhin noch knapp oberhalb des Landesdurchschnitts liegt. Der bundesweite Trend des allmählichen Ausdünnens insbesondere der ländlicher Regionen ist damit auch in Sachsen-Anhalt erkennbar. Eine differenziertere Betrachtung zeigt, dass der Altkreis Quedlinburg im Zeitraum zwischen 2000 und 2005 einen besonders starken Bevölkerungsrückgang von ganzen 7,1% zu verzeichnen hatte – verglichen mit 4,6% in Halberstadt und 3,8% in Wernigerode. Neben dem natürlichen Bevölkerungsschwund, der sich aus einer die Geburtenrate übertreffenden Sterberate ergibt, ist für diesen Rückgang auch die Abwanderung – unter anderem aufgrund fehlender wirtschaftlicher Perspektiven – verantwortlich. Beide Entwicklungen ergänzen sich und führen zu einer Überalterung, die das Zukunftspotenzial des Kreises untergräbt. Wie die Wanderungsstatistik zeigt, verlor Halberstadt auf diese

Weise im Jahr 2005 beispielsweise 300 Einwohner (bei 2551 Zuzügen und 2851 Wegzügen), Wernigerode 318 Einwohner (bei 2265 Zuzügen und 2583 Wegzügen) und Quedlinburg 593 Einwohner (bei 1699 Zuzügen und 2292 Wegzügen). Allein im Jahr 2005 hat der heutige Harzkreis damit mehr als 1000 Einwohner durch Abwanderung verloren. Dabei sind interessante Tendenzen erkennbar: Während der Trend in Halberstadt in den letzten Jahren deutlich nachgelassen hat, hat er in Wernigerode erkennbar zugenommen.

Insgesamt ist für den Harzkreis eine klar negative Entwicklung ohne Aussicht auf eine unmittelbare Verbesserung zu konstatieren. Der Kreis steht mit diesem Problem natürlich nicht alleine dar – unter den 20 deutschen Kreisen mit den relativ wenigsten unter sechsjährigen Kindern lagen bereits zur Jahrtausendwende sechs in Sachsen-Anhalt (Dessau, Weißenfels, Bitterfeld, Magdeburg, Bernburg und das Mansfelder Land). Demgegenüber wird das Land bis 2020 den dritthöchsten Anteil an über 60jährigen haben – die höchste Pflegequote hat es bereits heute. Auch das Berlin-Institut schätzt in der Studie „Deutschland 2020“ die Lage für den Harzkreis düster ein: Bis zu 9,9% Rückgang werden im Altkreis

Wanderungssalden der Kreise, 2001-2005

Landkreis	2001	2002	2003	2004	2005
Halberstadt	-600	-503	-444	-227	-300
Wernigerode	-44	-169	-238	-527	-318
Quedlinburg	-675	-535	-575	-952	-593
Halle (Saale)	- 4018	- 2919	+ 1539	- 1052	- 577
Magdeburg	- 1961	- 565	+ 331	+ 23	+ 3190
Bernburg	- 593	- 493	- 490	-537	- 455
Stendal	- 1531	- 1132	- 667	- 1924	- 1282
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>- 23201</b>	<b>- 19173</b>	<b>- 13227</b>	<b>- 16833</b>	<b>- 12610</b>

Wernigerode bis zum Jahr 2020 prognostiziert, bis zu 14,9% in Halbestadt – und Quedlinburg liegt mit einem erwarteten Schwund jenseits der 15% sogar in der schlechtesten Kategorie. Das Institut schätzt, dass es in Sachsen-Anhalt durch den Bevölkerungsrückgang in absehbarer Zeit selbst dann zu einem Mangel an Arbeitskräften kommen könnte, wenn keine weiteren Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch auf die Zukunftsfähigkeit des Harzkreises dürfte sich diese Entwicklung ungünstig auswirken, auch wenn ein Fachkräftemangel in Zeiten von Wirtschaftskrise und Kurzarbeit fast wie ein utopisches Problem erscheint. Für die hiesige Kommunalpolitik besteht daher ein ganz erheblicher Diskussionsbedarf, wobei der CDU-Kreisverband mit dem kürzlich im Entwurf beschlossenen Strategiepapier zum „Aufbruch ins neue Jahrzehnt“ die richtigen Themen bereits vorgegeben hat: Die Schaffung besserer Berufs- und Bildungsperspektiven, sowie die Unterstützung junger Familien, die sich im Harzkreis ansiedeln wollen. Dafür brauchen wir eine bedarfsgerechtere Kinderbetreuung, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Eltern, Kindertagesstätten und Schulen sowie eine verbesserte Integrationspolitik. Auch die Förderung innovativer Wirtschaftszweige sollte dabei nicht aus den Augen verloren werden, da wir realistischere nur mit zukunftsfähigen Betrieben im Wettbewerb um die besten Regionen bestehen können. Gerade die Mitglieder der Jungen Union im Harzkreis sollten zu dieser Diskussion einiges beizutragen haben – schließlich geht es um nicht weniger als unsere Zukunft.

## Berlinfahrt – Politik und Kultur im weihnachtlichen Ambiente

AUTOR André Weber



Vom 12. bis 13. Dezember nutzten auch dieses Jahr Mitglieder der Jungen Union aus Sachsen-Anhalt das Bildungsangebot von frischluft e.V. und entdeckten das politische Berlin in der Vorweihnachtszeit.



Trotz schlechtem Wetter besuchten die Teilnehmer am Samstag, 12. September das politische Berlin und den Deutschen Reichstag. Am kommenden Tag reisten weitere Mitglieder der Jungen Union aus Sachsen-Anhalt an. Nach einem gemeinsamen Mittagessen stand der Besuch des Neuen Museums an.



Auf dem Weg dahin informierte sich die Gruppe jedoch noch über die geplanten Baumaßnahmen zum neuen Stadtschloss in Berlin, sowie über das alte Hohenzollernschloss, welches 1950 durch die Kommunisten gesprengt wurde.

Das Neue Museum selbst wurde erst vor kurzem wiedereröffnet und beherbergt nach erheblichen Umbauarbeiten nun das Ägyptische Museum und das Museum für Vor- und Frühgeschichte. Auf besonderes Interesse stieß selbstverständlich die Statue der Nofretete, aber auch Heinrich Schliemanns Sammlung trojani-



scher Altertümer. Anschließend ließ die Gruppe den Besuch gemütlich auf dem Weihnachtsmarkt am Opernpalais ausklingen.

## NEWS

### Spendensammlung 2009 der Jungen Union Wernigerode

In den vergangenen Tagen haben die Junge Union in Halberstadt und in Wernigerode Spenden für den Hospizverein „Regenbogen“ in Halberstadt gesammelt.

Bei Kuchen und Glühwein informierte die Junge Union Wernigerode über das Thema Sterbebegleitung und Palliativmedizin. Nachdem bereits in Halberstadt 140 Euro gesammelt wurden, kamen nun auch in Wernigerode 110 Euro zusammen. „Der Erlös soll jetzt noch einmal durch Sammlungen innerhalb der CDU und ihrer Vereinigungen aufgestockt werden und dann vor Weihnachten an den Hospizverein übergeben werden“, informierte Wernigerodes JU-Vorsitzender André Weber. Die Junge Union wird sich in dem Zusammenhang dann auch vor Ort über die Arbeit des Vereins näher informieren.

## JU Harz gratuliert zum Einzug in den Deutschen Bundestag

AUTOR André Weber



### JU Harz gratuliert Heike Brehmer, MdB - Nach 15 Jahren wieder der Harzer Christdemokratin im Deutschen Bundestag



Zum Ausgang der Bundestagswahl erklärt der Kreisvorstand der Jungen Union Harz: Am 27. September haben die Bürgerinnen und Bürger für klare Verhältnisse gesorgt und Union und FDP unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ei-



ner stabilen Mehrheit ausgestattet.

Die bürgerliche Regierungskoalition bietet das Potential für zu-

kunftgerechte Reformen im Sinne der jungen Generation. Gerade bei den sozialen Sicherungssystemen und der Steuerbelastung der mittleren Einkommen müssen wir endlich die notwendigen Schritte einleiten, die mit den Sozialdemokraten nicht umsetzbar waren.

Mit großer Freude bewertet die Junge Union Harz die Direktwahl der CDU-Kandidatin Heike Brehmer. Die CDU ist der klare Sieger der Bundestagswahl im Harz mit



dem größten Zuwachs an Erststimmen. SPD-Amtsleiter Andreas Steppuhn ist mit einem Verlust von knapp vierzehn Prozentpunkten klar abgewählt worden. Die Sozialdemokraten mussten landesweit zweistellige Verluste hinnehmen und bekamen damit den Denkkzettel für das ungeklärte Verhältnis zur Linkspartei.

Deren Stimmenzuwachs ist für die Junge Union mehr als besorgniserregend. Die SPD und auch Andreas Steppuhn haben die

Linkspartei mit ihrem rot-roten Eiertanz salonfähig gemacht. Zudem profitiert die Partei am linken Rand von der gesunkenen Wahlbeteiligung.

Angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise stehen in den kommenden vier Jahren große Herausforderungen vor der Bundesregierung. Die Junge Union ist fest davon überzeugt, dass Heike Brehmer wirtschaftliches Handeln mit sozialer Verantwortung verbindet und wünscht Ihr im Interesse der Bürgerinnen und Bürger hierfür viel Erfolg!

### Impressum:

Florian Weinert & André Weber

c/o

CDU-Kreisverband HARZ  
Rudolf-Breitscheid-Str. 50

38820 Halberstadt

Telefon: 03941 / 567400  
Fax: 03941 / 567471

Homepage:  
[www.julsa.de/harz](http://www.julsa.de/harz)

Email: [nachrichten@harz.julsa.de](mailto:nachrichten@harz.julsa.de)

Zur Mitgliederentwicklung der Jungen Union Harz im Jahr 2009 erklärt der stellvertretende Kreisvorsitzende, André Weber:

"Entgegen dem Trend bei Parteien, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Verbänden verzeichnet die Junge Union einen Mitgliederzuwachs. Im Bundesverband konnten die Mitgliederzahlen um 0,23% gesteigert werden, in Sachsen-Anhalt stiegen die Mitgliederzahlen um 0,81% und im Harzkreis konnte gar ein Zuwachs von knapp 20,4% verzeichnet werden.

Obwohl altersbedingt die Generation, die um 1990 eingetreten ist, allmählich ausscheidet wuchs die Junge Union im Harzkreis von 98 auf 118 Mitglieder an.

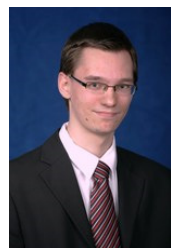
ten (Jusos), die ihre Mitgliedszahlen seit über 2 Jahren unter Verschluss halten, präsentiert die Junge Union offen und transparent einen Einblick in die Mitgliederentwicklung!

Entgegen der öffentlichen Meinung sind Jugendliche durchaus bereit sich in politischen Jugendorganisationen zu engagieren, wenn diese geradlinig und klar ihre Vorstellungen definieren und für diese eintreten. Die Junge Union im Harzkreis beschäftigt sich kontinuierlich mit den Problemen vor Ort, aber auch mit den drängenden Fragestellungen in Sachsen-Anhalt. Dies schafft Vertrauen und bescherte der Jungen Union bei der vergangenen Kommunalwahl so viele Stadt- und Gemeinderäte wie noch nie zuvor.

## Mitgliederentwicklung

### JU Harz 2009

AUTOR André Weber



Anstieg der Mitgliederzahlen um 20%

In allen Teilen des Harzkreises sind Zuwächse zu verbuchen. Besonderer Dank gilt daher den Orts- und Regionalverbänden, die vor Ort durch eine kontinuierliche Arbeit junge Menschen ansprechen.

Im Gegensatz zum SPD-Jugendverband, den Jungsozialis-

Demokratie lebt vom Mitmachen, daher wird die Junge Union auch im kommenden Jahr zur politischen Partizipation einladen!"

## NEWS

### Zahlreiche junge sachkundige Einwohner der CDU in den Ausschüssen tätig

Am 10.12. wurde mit Mandy Pilz die letzte sachkundige Einwohnerin (SKE) aus den Reihen der CDU-Stadtratsfraktion vereidigt. Mit Stephan Hemp (Kultur), Thomas Steimecke (Ordnung), Michaela Lehmann (Soziales), Isabell Albrecht (Bau- und Umwelt), Christian Reinboth (Wirtschaft) und Mandy Pilz (Finanzen) sind sechs der neun sachkundigen Einwohner unter 35. Fünf von Ihnen gehören der Jungen Union an.

Gemeinsam mit dem Stadtrat und JU-Vorsitzenden André Weber ist die CDU-Fraktion stark verjüngt wurden. "Wir begrüßen diese Entwicklung ausdrücklich. Es ist ein gutes Signal, wenn junge Menschen die Möglichkeit haben, Politik mitzugestalten. Dieser Weg muss weiter beschritten werden. Wir brauchen gerade in unseren Kommunalparlamenten einen repräsentativeren Querschnitt der Altersstruktur und gleichzeitig eine kontinuierliche Einbindung der Jugend", so Weber.

Die Junge Union hatte sich bereits vor der Kommunalwahl für einen stärkere Verknüpfung aus Erfahrung und neuen, frischen Ideen stark gemacht.

## Mitgliederversammlung der JU Wernigerode

AUTOR André Weber



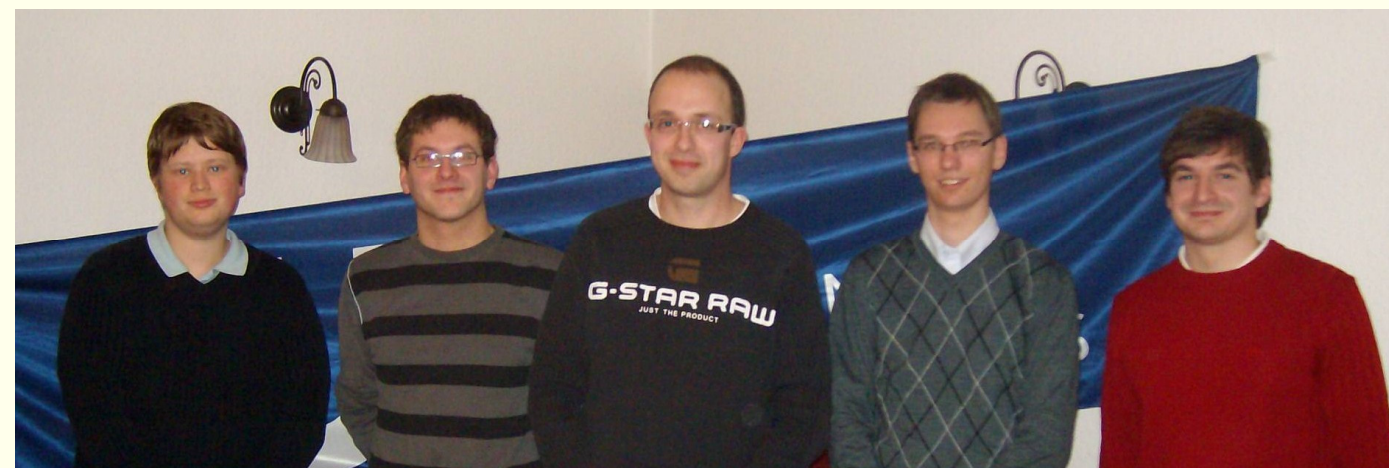
JU-Mitgliederversammlung bestätigt Vorstand

Am 21. Dezember wählte die Junge Union Wernigerode auf ihrer diesjährigen Mitgliederversammlung einen neuen Vorstand.

In den vergangenen zwei Jahren hat sich die Junge Union zu zahlreichen Themen zu Wort gemeldet und klar Position bezogen. Eine ähnliche Geradlinigkeit vermisse die CDU-

lichen politischen Entscheidungen die Handschrift der CDU kaum erkennbar", kritisierte JU-Vorsitzender André Weber.

Die Junge Union selbst wird die notwendigen Reformen einfordern und begleiten. Mit den zahlreichen JU-Mitgliedern in den Parteigremien, sowie in den kommunalen Parlamenten werde man diese Herausforderung annehmen!



Der knapp 30 Mitglieder umfassende Stadtverband bestätigte André Weber als Vorsitzenden sowie Stephan Hemp als Stellvertreter. Der Vorstand wird durch die Beisitzer Thomas Steimecke, Christian Reinboth und Matthias Steimecke komplettiert.

Als Gäste konnten die Landtagsabgeordnete Angela Gorr, Stadtratspräsident Uwe-Friedrich Albrecht, der JU-Kreisvorsitzende Daniel Szarata sowie der Vorsitzende der JU Osterwieck, Peter Eisemann begrüßt werden.

Nachwuchsorganisation oftmals von der Mutterpartei.

„Bei aller Freude über Erfolge in den zurückliegenden Wahlen muss man sich eingestehen, dass die Union weit hinter eigenen Zielen zurückgeblieben ist und es Defizite in der Mobilisierungsfähigkeit der eigenen Partei, sowie bei der inhaltlichen Profilierung gibt“, so Weber.

Unabhängig von Wahlen muss deutlicher erkennbar sein, wofür die Union stehe. „Gerade in der Landespolitik ist bei den wesent-



## Landestag der Jungen Union

Am Samstag, dem 21. November 2009, fand der 19. Landestag der Jungen Union Sachsen-Anhalt in der Landeshauptstadt Magdeburg statt. Hauptthema war der Leitartikel "Die CDU im Vorfeld der Landtagswahl 2011 - Richtungsentscheidung für Sachsen-Anhalt", der mit wenigen Änderungen, die einstimmige Zustimmung der Delegierten fand.

Dazu erklärte der Landesvorsitzende Sven Schulze: "Die katastrophale



le Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt bei den vergangenen Bundestagswahlen muss allen Demokraten zum denken geben. Das Bundestagswahlergebnis der Partei Die Linke in unserem Land mit dem besten Zweitstimmenergebnis aller Parteien, muss der Union Sachsen-Anhalt ein deutliches Warnsignal sein.

Die CDU ist daher gefordert jetzt



die notwendigen Schritte einzuleiten um für die Landtagswahlen 2011 gerüstet zu sein. Dazu gehört auch die Schärfung des wirtschaftsliberalen und wertkonservativen Profils. Denn die Wählerinnen und Wähler müssen klar sehen für welche Werte und Politik wir als Union stehen. Dabei steht die Landtagsfraktion in der Verantwortung als politische Avantgarde zu fungieren.

Wir werden uns jetzt aber als JU nicht an der Personaldebatte beteiligen sondern uns in diesen Fragen in den dafür zuständigen



Gremien aktiv einbringen. Neben diesen organisatorischen Aufgaben gilt es auch wieder den Dreiklang aus Wirtschaft, Bildung und Familie zu erreichen. Dazu gehört eine aktiver Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels, die Stärkung des Wirtschaftsstandorts genauso wie ein leistungsgerechtes Bildungssystem."

In seinem Grußwort betonte Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer, dass sich Arbeit lohnen muss und das die Politik gefordert ist die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass Chancengerechtigkeit nicht nur eine Worthülse, sondern gelebte Realität ist.

Den Anspruch der CDU als Sachsen-Anhalt-Partei machte der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel deutlich. Was die Diskussion über einen Spitzenkandidat angeht, betonte er, dass egal wie die Entscheidung ausfallen sollte, die Partei geschlossen hinter dieser Person stehen muss.

Der Vorsitzende des CDU-Landtagsfraktion Jürgen Scharf verwies auf die großen Anstrengungen in Fragen des Doppelhaushaltes 2010/2011 und Umsetzung



der Zwangsphase beim der kommunalen Neugliederung.

Ein weitere Ansprache hielt der Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Reiner Haseloff. Das Jahr 2010 ist das entscheidende Jahr für die



nächste Landtagswahl, so der stellv. CDU-Landesvorsitzende. Er sprach sich auch für die Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsys-

tem aus. Des weiteren unterstützte er das Bekenntnis der JU zu einer wertkonservativen Politik und warnte für einem Linksruck in der politischen Landschaft.

Ehregast beim Landestag war der ehemalige Beauftragte Ost unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und heutige Präsident des Europäischen Bahnverbandes Dr. Johannes Ludewig. Er zog eine sehr persönliche Bilanz über die friedlichen Revolution und den anschließenden Wendejahren mit all ihren Schwierigkeiten aber auch positiven Erlebnissen.

Weitere Gäste waren der die Landesvorsitzende der Frauen Union Eva Wybrands, der Landtagspräsident Dieter Steinecke sowie die Landtagsabgeordneten Markus Kurze, Peter Rotter und Daniel Sturm. Außerdem hielten im Namen der Fraktion CDU/BfM im Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg Daniel Kraatz und für den RCDS Sachsen-Anhalt Fabian Herrmann Grußworte.

Weitere Beschlüssen behandelten



die Themen wie die Vernachlässigung der Polizei bzw. der Inneren Sicherheit in Sachsen-Anhalt durch das zuständige Innenministerium, die Forderung Sachsen-Anhalt zur Modellregion für den Bürokratieabbau zu machen sowie der Frage der Behandlung des DDR-Unrechtsregimes im Schulunterricht.

## Kommentar

### Weckruf für die CDU

von André Weber

Die Junge Union ist öfter kritisch in der Sache. Beinamen wie der Stachel im Fleisch der Union sind schon geflügelte Wörter. Doch dieser Landestag war anders. Deutlicher!

Das schlechte Bundestagswahlergebnis war der Anlass der Kritik – nicht die Ursache. Diese liegt tiefer. Ein Schleier der Behäbigkeit liegt über Sachsen-Anhalt und insbesondere über der Landtagsfraktion. Es fehlt die Führung, es fehlt die Vision. Stattdessen hat man zu oft das Gefühl, dass die Technokraten in Magdeburg im Elfenbeinturm vor sich her dösen.

Statt gesellschaftliche Fragen aufzuwerfen, sehen wir nur Personaldebatten. Wer wird Spitzenkandidat? Bleibt Thomas Webel Landesvorsitzender oder nicht? Und jeder hat eine Meinung, die er hierzu kund tun muss. Sicher wichtige Fragen, aber Bürger und Parteimitglieder sind diesem ritualisierten Stumpfsinn mittlerweile überdrüssig.

Wenn dann mal wichtige Fragen aufgeworfen werden, beispielsweise zum Bildungskonvent oder zur Frage, ob Schulden aufgenommen werden sollen, dann widersprechen sich die CDU-Funktionsträger in Kürze gegenseitig.

Die Junge Union fordert in ihrem Leitartikel die Vision für Sachsen-Anhalt und den thematischen Dreiklang aus Wirtschaft-Bildung-Familie. Durchaus die richtigen Antworten. Wollen wir hoffen, dass der Weckruf laut genug ist. Wir alle sind hier in der Verantwortung!

hinter uns liegt ein ereignisreiches Jahr 2009. Es wird Zeit Ruhe einkehren zu lassen, die besinnlichen Stunden im Kreise der Familie zu genießen und mit etwas Abstand auf das Geleistete zurückzublicken. Aber es ist auch Zeit wieder neue Kräfte zu schöpfen und sich die Ziele für das kommende Jahr zu stecken.

Das sogenannte „Super-Wahl-Jahr“ 2009 hat von uns allen viele Anstrengungen gefordert, die, zumindest größtenteils, mit sehr positiven Wahlergebnissen für unsere Mutterpartei entlohnt wurden. Hierbei erinnert sich natürlich jeder an die Europa- und Bundestagswahl mit unseren Direktkandidaten Heike Brehmer und Horst Schnellhardt, sowie an die für die Junge Union sehr erfolgreichen Kommunalwahlen. Für unsere Unterstützung in den Wahlkämpfen konnten wir eine Menge Lob aus Reihen der CDU verbuchen und auch ich möchte es nicht verpassen in der heutigen Ausgabe unseres Mitgliedermagazins jedem Einzelnen für den unermüdlichen Einsatz zu danken, der die Junge Union Harz in einem sehr positiven Licht erscheinen lässt. Die CDU weiß, wenn sie uns braucht sind wir zur Stelle.

Die positiven Wahlergebnisse unserer Kandidaten bei den Kommunalwahlen am 07. Juni 2009 haben gezeigt, dass wir in den letzten Jahren eine sehr gute Arbeit geleistet haben, die von den Bürgerinnen und Bürgern der Städte und Gemeinden honoriert und anerkannt wird. Auch die Ergebnisse bei den Stadtratswahlen am 06.12.2009 in Osterwieck bestätigen diese Aussage. Immerhin entfielen gut 21% der Stimmen der CDU auf die Kandidaten der Jungen Union.

## Grußwort von Daniel Szarata



Unzählige Aktionen wurden im Jahr 2009 realisiert. Höhepunkte waren sicherlich das Fußballturnier in Osterwieck und das Volleyballturnier am Halberstädter See. Aber auch unsere alljährliche „Charity-Aktion“ sowie diverse Veranstaltungen und Fahrten füllten unseren Kalender. Zum Landtag der Jungen Union am 21.11.2009 konnten wir schließlich mit Stolz verkünden, dass wir nicht nur ein besonders aktiver sondern mit 120 Mitgliedern auch der größte Kreisverband in Sachsen-Anhalt sind.

Diesen so eben beschriebenen sehr erfolgreichen Kurs gilt es im Jahr 2010 fortzusetzen.

Ein Jahr vor den Landtagswahlen 2011 können wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Besonders die Bundestagswahlen haben gezeigt, wer unser Gegner für die kommende Zeit sein wird. Es scheint als haben viele Menschen die 40 jährige Diktatur der Kommunisten in unserem Land vergessen. Man kann insgesamt den Eindruck gewinnen, dass 20 Jahre nach der Wende und 2 Namensänderungen später, eine vom Verfassungsschutz beobachtete Partei, die nicht müde wird die Systemfrage zu stellen, wieder salonfähig geworden ist. Daher ist es unsere Aufgabe, als nachfolgende Generation, nicht müde zu werden die

Menschen daran zu erinnern, was passiert, wenn man den Linken zu viel Macht zubilligt. Beispiele dafür finden sich in der Vergangenheit genügend und ganz besonders in Sachsen-Anhalt.

Dass sich bei uns und mittlerweile in ganz Deutschland SPD und Linke immer näher kommen, müssen wir als Chance für die CDU begreifen. Wir müssen aufzeigen, dass es nur eine wirkliche Alternative in unserem diesem Land gibt.

Wir müssen dem Vorurteil entgegenzutreten, dass es egal ist wen man wählt, denn der erfolgreiche Weg der sozialen Marktwirtschaft kann nur mit einer starken CDU weiter fortgesetzt werden. Dafür gilt es im Jahr 2010 zu kämpfen.

Zum Abschluss möchte ich mich ganz herzlich bei allen Mitgliedern des Kreisverbandes für die gute Zusammenarbeit bedanken und hoffe auf ein erfolgreiches Jahr 2010.

Ich wünsche euch einen guten Rutsch ins neue Jahr!

Euer

Daniel Szarata

Kreisvorsitzender